



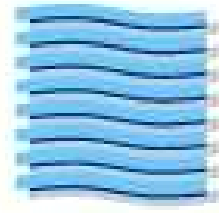
Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**19. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn
(Finnland)**

Die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Mariehamn eine Konferenz-Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext nebst nichtamtlicher Übersetzung gebe ich hiermit bekannt.

Torsten Geerds



Entschließung der Konferenz

verabschiedet von der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn (Åland-Inseln) zusammengetroffen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Klimawandel und biologische Vielfalt", "integrierte Meerespolitik", "Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion" sowie "Menschenhandel" erörternd,

A. unter Betonung der wichtigen Rolle, die die Parlamentarier im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion spielen können, indem sie Aufklärungskampagnen durchführen, Meinungen bilden, Themen voranbringen, politischen Druck auf Regierungen ausüben und Gesetze initiieren und verabschieden;

B. unter Bekräftigung des engen und konstruktiven Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat, der beiden Seiten Nutzen bringt, was beispielsweise an der Interaktion zwischen den Arbeitsgremien der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Ostseerates in den Bereichen Menschenhandel und integrierte Meerespolitik erkennbar ist, und unter Anerkennung der Nützlichkeit dieser Interaktion als gemeinsame Ressource bei der Verfolgung und Bewältigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Ostseeregion;

C. unter Fortführung ihrer umfassenden Unterstützungsmaßnahmen für den HELCOM-Ostsee-Aktionsplan als eine der wichtigsten Maßnahmen für das zentrale Instrument der Wiederherstellung des guten ökologischen Status der Ostsee bis 2021, mit Bedauern zur Kenntnis nehmend, dass nicht alle HELCOM-Mitgliedstaaten wie vereinbart anlässlich der HELCOM-Ministertagung am 20. Mai in Moskau nationale Umsetzungspläne vorgelegt haben, und in der Erwartung, dass die Länder, die keine nationalen Umsetzungspläne vorgelegt haben, dies spätestens im Rahmen der hochrangigen HELCOM-Tagung Anfang 2011 tun;

D. die Verabschiedung der Erklärung "A Vision for the Baltic Sea Region by 2020" ("Eine Vision der Ostseeregion bis 2020") anlässlich des 8. Gipfels der Ostseestaaten im Juni 2010 in Wilna mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend und in der Erwägung, dass die Umsetzung der Bestimmungen der Erklärung ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung der Ostseeregion ist;

E. die Annahme der EU-Strategie für die Ostseeregion im Oktober 2009 zur Kenntnis nehmend und dabei herausstellend, dass die EU-Strategie in geeigneter Weise mit der Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Mitglieder und Nichtmitglieder als gleichrangige Kooperationspartner an einen Tisch bringt, verzahnt werden sollte, da sie eine interne EU-Maßnahme darstellt;

F. unter Begrüßung des Ostseeaktionsgipfels als Plattform für praktische Verpflichtungen mit dem Ziel der Rettung der Ostsee und unter Bekräftigung der während des Gipfels eingegangenen Verpflichtung der Ostseeparlamentarierkonferenz, weiterhin politische Initiativen zu ergreifen, die von den Staaten in der Region getroffenen Maßnahmen zu verfolgen und von Seiten der Parlamente Druck auf die nationalen Regierungen der Ostseeregion auszuüben und diese nachdrücklich aufzufordern, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Ostsee-Aktionsplans zu erfüllen;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu prüfen, um Kohärenz zu gewährleisten und Spaltungen in der Ostseeregion zu verhindern, und den Ostseerat bei der Umsetzung der Ziele seines Reformprozesses und der Erzielung konkreter Ergebnisse im Rahmen seiner langfristigen Prioritäten zu unterstützen;
2. ihre bereits im Rahmen des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans vereinbarten Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere - sofern noch nicht geschehen - durch die Vorlage konkreter nationaler Umsetzungspläne bis spätestens Anfang 2011;
3. ihre während des Ostsee-Aktionsgipfels eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und dabei beispielsweise ausreichende Ressourcen für die tatsächliche Umsetzung ihrer Verpflichtungen bereitzustellen;
4. die Ostseestrategie der EU soweit möglich an die Politik der Nördlichen Dimension sowie den Ostseerat als wichtigem regionalem Kooperationsgremium und weitere nördliche Kooperationsgremien und Ostseekooperationsgremien anzugleichen;
5. bestimmte Beträge in den von der Nordischen Investitionsbank und der Nordic Environment Finance Cooperation geführten Treuhandfonds des Ostsee-Aktionsplans einzuzahlen und auf diese Weise die Ressourcen für die Entwicklung bankfähiger Projekte zu stärken, d.h. kohärente, realistische und tragfähige Projekte zur Umsetzung von Umweltprojekten und anderen Projekten zum Nutzen der Ostseeregion;
6. sich für den Abbau von Hindernissen für Arbeitnehmer, Unternehmen und Touristen, z.B. Visa- und Meldebestimmungen, einzusetzen und weiterhin die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität von Arbeitnehmern in den Grenzregionen zu unterstützen und für ein qualitativ hochwertiges Informationsangebot zur Gewährleistung sozialer Sicherheit bei grenzüberschreitender beruflicher Tätigkeit zu sorgen;
7. die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern und dabei nichtstaatliche Organisationen sowohl beim Zugang zu als auch bei der Antragstellung für Ostseeförderprogramme behilflich zu sein, damit sie sich verstärkt an der Umsetzung dieser Förderprogramme beteiligen können;

im Hinblick auf den Klimawandel und die biologische Vielfalt in der Ostseeregion

8. einen ökosystemorientierten Ansatz für die Umweltarbeit in der Ostseeregion anzuwenden, darunter Investitionen sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Schutz von Ökosystemdienstleistungen, und ihre Werte gegebenenfalls in Wirtschaftssysteme, nationale Haushalte und Strategien für nachhaltige Entwicklung zu integrieren;

9. Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu unterstützen, z.B. die Wiederherstellung von Wasserstraßen, die von bestimmten Tierarten für Wanderungsbewegungen benutzt werden, sowie die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt, Oxygenierung und Aufstockung der Fischbestände;
10. sich verstärkt für die Verhinderung der fortwährenden Einführung invasiver Arten in der Ostsee durch Schiffe einzusetzen, beispielsweise durch die Entwicklung von Technologien für die Behandlung von Ballastwasser und ein mögliches Verbot des Austauschs von Ballastwasser in bestimmten Gebieten;
11. mithilfe aktiver Maßnahmen bedrohte Arten zu schützen, Beifang zu minimieren und die Entsorgung von Fischereiabfällen im Meer zu beenden und dafür zu sorgen, dass die kommerzielle Fischerei Fangquoten und Fischgründe beachtet;
12. mithilfe wirksamer und zielgerichteter Maßnahmen die illegale, nicht gemeldete und nicht regulierte Fischerei (IUU-Fischerei) zu stoppen und zu diesem Zweck Kontrollressourcen und die Kontrolle bei der Anlandung zu verstärken;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

13. neue Maßnahmen zur Reduzierung schädlicher Emissionen zu fördern und
 - den Kurzstreckenseeverkehr in noch stärkerem Maße als bisher als umweltfreundliche Alternative zum Landverkehr zu unterstützen;
 - zu untersuchen, inwieweit die Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffsbrennstoffen zu Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft in der Ostseeregion führen kann, und Vorschläge zur Vermeidung dieser Nachteile unter gleichzeitiger Bewahrung hoher ökologischer Standards im maritimen Sektor zu erarbeiten;
 - die im Rahmen des Ostseeprogramms zur Finanzierung genehmigten Projekte aktiv zu unterstützen, d.h. vor allem Projekte, die der Reduzierung der von Schiffen ausgehenden schädlichen Emissionen und der Entwicklung von Auffangmöglichkeiten für Schiffsabwässer in den Ostseehäfen dienen;
14. die Umsetzung verbesserter Sicherheits- und Brandverhütungsmaßnahmen für Schiffe, Terminals, Häfen, Baumaßnahmen auf See und an Land sowie die Nutzung umweltfreundlicher Stoffe zwecks Abmilderung der durch Unfälle verursachten Schäden zu fördern;
15. den verpflichtenden Einsatz von Lotsen in gefährlichen Gewässern der Ostsee auszuweiten und das Verbot des Transports von Öl in Einhüllentankern strikt umzusetzen;
16. Maßnahmen zu initiieren, die 1.) den Weg für die Verwendung einer Sprache im grenzüberschreitenden See- und Landverkehr ebnen und dies unterstützen und 2.) die Umsetzung gemeinsamer Zoll- und Besteuerungsverfahren standardisieren und fördern;
17. weiterhin für Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur in der Ostseeregion zu sorgen und eine Verkehrspolitik zu fördern, die grundsätzlich von der Vorstellung geleitet wird, dass Transporte auf umweltfreundliche Weise durchgeführt und durch einen Infrastrukturverbund gestützt werden sollten, und gleichzeitig den Ausbau von Land- und Seewegen in den Mittelpunkt zu stellen;
18. dafür zu sorgen, dass das TEN-V-Kernnetz der EU aus Knotenpunkten (Hauptstädten, anderen Städten oder Ballungsräumen von überregionaler Bedeutung,

Gateway-Häfen, interkontinentalen Drehscheibenhäfen und -flughäfen und den wichtigsten Binnenhäfen und Umschlagterminals) und Verbindungen von höchster strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung besteht, die an zentrale Infrastrukturen in Drittländern (einschließlich Russland) angebunden sind;

19. der strategischen Entwicklung von Seehäfen mit entsprechenden Logistikzentren und Bahnterminals besondere Bedeutung beizumessen, um nationale, regionale und europäische Netze zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollten Lücken in den vorrangigen TEN-Projekten geschlossen und die Projekte in einem Kernnetz verknüpft und konsolidiert werden;

20. Initiativen für die Verbesserung der Sicherheit, Reduzierung von Umwelt- Risiken in der Ostsee und Befassung mit dem menschlichen Faktor zu unterstützen; dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen, die zum Bürokratieabbau beitragen, z.B. durch Harmonisierung und Weiterentwicklung der vorhandenen Schiffsmeldesysteme und Schiffsverkehrsdienste in der Ostsee;

21. die gemeinsame regionale sowie nationale Bereitschaft und die Kapazitäten zur Bekämpfung größerer Ölkatastrophen und Gefahrstoffen zu stärken, beispielsweise durch subregionale Vorbereitungs- und Abstimmungsmaßnahmen und Übungen wie im Rahmen des HELCOM-BRISK-Projekts gezeigt, und durch die Beschaffung ausreichender Mengen an Geräten zur Entsorgung von ausgetretenem Öl oder Gefahrstoffen;

im Hinblick auf Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion

22. die Entwicklung der gemeinsamen Wahrnehmung der Bedrohungen für die öffentliche und zivile Sicherheit in der Region, die natürliche sowie technologische und weitere, vom Menschen verursachte Bedrohungen und Risiken umfasst, zu fördern und zu unterstützen;

23. die Entwicklung gemeinsamer Strategien, Aktionsprogramme und konkreter Ressourcen zur Verhütung und Bewältigung der Bedrohungen für die zivile Sicherheit in der Region zu fördern;

24. Informationen über die Erfahrungen aus den Bedrohungen der jüngsten Vergangenheit, z.B. der Vogelgrippe 2007, der Internet-Angriffe in Estland 2007 und der Schweinegrippe 2009, zu extrahieren und auszutauschen, um weitere Kenntnisse zu gewinnen und das gemeinsame Bewusstsein für diese Bedrohungen bzw. die gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung derselben zu erhöhen;

25. die Weitergabe der Erfahrungen in der Ostseeregion in Bezug auf Frieden, Sicherheit und die Entwicklung der Demokratie im Rahmen politischer und diplomatischer Kontakte zu fördern, um die Demokratie zu stützen;

26. verfügbare Informationen über den Standort und Zustand von im Meer versenkten Chemiewaffen auszutauschen, um die Öffentlichkeit über die von diesen Waffen ausgehende Bedrohung aufzuklären, Verhaltensrichtlinien für den Fall des Aufeinandertreffens mit im Meer versenkten chemischen Waffen zu erarbeiten und Seminare und Konferenzen über dieses Thema zu organisieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

die Unterzeichnung und Ratifizierung aller einschlägigen internationalen Übereinkommen, Protokolle und Entscheidungen und den Beitritt der Länder zu diesem Übereinkommen, die dies bislang nicht getan haben, zu prüfen, z.B. des Protokolls über den Menschenhandel ("Palermo-Protokoll"), das Übereinkommen des Europarates gegen den Menschenhandel und weitere internationale Vereinbarungen; folglich sollten

gegebenenfalls die nationalen Gesetze und die Justiz überprüft und geändert werden, um für die Einhaltung der internationalen Übereinkommen und Protokolle zu sorgen und Gesetze zu ermöglichen, die alle Kanäle des Menschenhandels kriminalisieren;

28. anzuerkennen, dass der Menschenhandel einen internationalen grenzüberschreitenden Straftatbestand darstellt, der eine internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende konzertierte Aktionen erfordert, darüber hinaus aber auch zu erkennen, dass die tatsächliche Ausbeutung der Opfer vor Ort stattfindet und deshalb mithilfe verbesserter Pläne und Ressourcen vor Ort bekämpft werden sollte, z.B. durch Maßnahmen zur Eindämmung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen von Opfern des Menschenhandels;

29. ausreichende, dauerhaft einzusetzende und gezielte Mittel und Ressourcen beispielsweise für Behörden, spezielle Behörden, nichtstaatliche Organisationen und zwischenstaatliche Organisationen und Projekte, z.B. die Arbeitsgruppe Menschenhandel des Ostseerates, zuzuweisen, um dauerhafte und nachhaltige Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu treffen, z.B. die interne Anweisung des Nordischen Rates, nur solche Hotels auszuwählen, die schriftlich garantieren, dass sie sich nicht an der Begünstigung des Anbietens bzw. des Erwerbs sexueller Dienstleistungen beteiligen;

30. die Entwicklung eines interoperablen, abgestimmten und transparenten Systems für die Zusammenstellung, Analyse, Weitergabe und Verbreitung von Informationen über den Menschenhandel zu fördern, um das Verständnis für das Problem zu erhöhen, geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln, die Möglichkeiten der Erkennung von Opfern des Menschenhandels zu verbessern, die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der Fälle von Menschenhandel zu unterstützen und den Opfern des Menschenhandels auf bestmögliche Weise zu helfen;

31. dafür zu sorgen, dass bei allen Maßnahmen und Aktionen zur Bekämpfung des Menschenhandels die Opfer im Mittelpunkt stehen; dies bedeutet, dass es sich bei Menschenhandel um Ausbeutung handelt, unabhängig davon, wo und in welcher Form er stattfindet, dass die Menschenrechte der Opfer des Menschenhandels im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels stehen und dass die Opfer und deren Familienangehörige ungeachtet ihres Status, ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit bei Strafverfahren gegen Menschenhändler oder der Art der Ausbeutung, unter der sie leiden, bedingungslos unterstützt werden sollten;

32. die Entwicklung der operativen Kapazitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels vor Ort zu unterstützen und zu fördern; es sollten Kooperationsmodelle sowohl zwischen den entsprechenden staatlichen Akteuren - z.B. Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Sozial- und Einwanderungsbehörden - als auch mit nichtstaatlichen Organisationen entwickelt werden, um die Unterstützungskette und den Opferschutz sowie die Opfer und deren Familienangehörige zu stärken und die Zahl der Verurteilungen der Täter zu erhöhen.

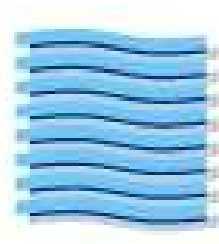
Darüber hinaus

33. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, das Funktionieren des Gemeinsamen Finanzierungsmechanismus der Ostseeparlamentarierkonferenz zu evaluieren und dabei auch eine mögliche Überarbeitung der Verfahren für die Finanzierung der Aufgaben des Sekretariats zu prüfen;

34. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

35. begrüßt die Konferenz mit Dankbarkeit das freundliche Angebot des finnischen Parlaments, die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28.-30. August 2011 in Helsinki auszurichten.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.



Conference Resolution

Adopted by the 19th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States*, assembling in Mariehamn, Åland Islands, 29 - 31 August 2010,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Climate Change and Biodiversity, Integrated Maritime Policy, Peace and Security in the Baltic Sea Region, and Trafficking in Human Beings,

- A. emphasizing the important role parliamentarians can play for a sustainable development of the Baltic Sea Region, by raising awareness, building opinion, driving issues, exerting political pressure on governments, and initiating and adopting legislation;
- B. reaffirming the close, constructive and mutually beneficial exchange between BSPC and CBSS, as evidenced in e.g. the interaction between BSPC and CBSS working bodies on trafficking in human beings and on integrated maritime policy, and recognizing the usefulness of this interaction as a joint resource in following and addressing the economic, social and political challenges of the Baltic Sea Region;
- C. maintaining its strong support to the HELCOM Baltic Sea Action Plan as one of the main tools for the restoration of good ecological status of the Baltic Sea by 2021, regretting that not all HELCOM member states had managed – as they had agreed – to present national implementation plans at the HELCOM Ministerial Meeting in Moscow 20 May, and expecting that those countries that did not deliver national implementation plans will do so at the high-level meeting of HELCOM in early 2011 at the latest;
- D. noting with satisfaction the adoption of the declaration “A Vision for the Baltic Sea Region by 2020” at the 8th Summit of the Baltic Sea States in Vilnius in June 2010, and considering the implementation of its provisions as a key factor for further development of the Baltic Sea Region;
- E. taking note of the adoption of the EU Strategy for the Baltic Sea Region in October 2009, underlining that since the EU strategy is an internal EU endeavor, it should be adequately harmonized with the Northern Dimension policy, which brings together EU- and non-EU- members as equal cooperating partners;
- F. supporting the Baltic Sea Action Summit as a platform for practical commitments aiming at saving the Baltic Sea, and reaffirming the BSPC commitment to the Summit to continue to take political initiatives, to follow the actions taken by the states in the region, and to exercise parliamentary pressure on the national governments

of the Baltic Sea Region, urging them to fulfill their obligations in the Baltic Sea Action Plan,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. consider ways to further strengthen cooperation in the Baltic Sea Region between the CBSS and the BSAP in order to ensure cohesion and to avoid divisions in the Baltic Sea Region, while supporting CBSS in implementing the aims of its reform process and achieving concrete results within the framework of its long-time priorities;
2. fulfil their already agreed obligations under the HELCOM Baltic Sea Action Plan, in particular – for those who have not already done so – by producing concrete National Implementation Plans by early 2011 at the latest;
3. fulfil their commitments to the Baltic Sea Action Summit, for instance by allocating sufficient resources for the actual implementation of commitments;
4. coordinate as far as possible the EU Baltic Sea Strategy with the Northern Dimension policy, as well as with the Council of the Baltic Sea States - being a core regional cooperation body - and other Northern and Baltic cooperation bodies;
5. provide contributions to the BSAP Trust Fund managed by the Nordic Investment Bank and the Nordic Environment Finance Corporation, thereby strengthening the resources for the development of bankable projects, meaning coherent, realistic and viable projects to implement environmental and other projects for the benefit of the Baltic Sea Region;
6. work to gradually dismantle barriers encountered by workers, companies and tourists, such as visa requirements and requirements to register place of residence, continue to work towards dismantling obstacles to mobility for workers in the border regions and ensure the availability of a range of high-quality information centres ensuring social security for cross-border workers;
7. promote the further development of civil society in the region, including assisting NGOs both in accessing Baltic Sea support programmes and in placing applications in order to boost their involvement in implementing the programmes;

Regarding Climate Change and Biodiversity in the Baltic Sea Region, to

8. apply an ecosystem approach to the environmental work in the Baltic Sea Region, including investments, research and development to protect ecosystem services and to integrate their values in economic systems, national budgets and strategies for sustainable development, as appropriate;
9. support measures to protect and restore biodiversity, such as reinstating migratory waterways, restoring physical environments, oxygenization and restocking;
10. enhance work with the aim of preventing the continued introduction of alien invasive species of flora and fauna in the Baltic Sea by ships, for instance by developing technologies for ballast water treatment and by a possible ban against ballast water exchange in certain areas;

11. take active measures to protect threatened species, minimize by-catches and phase out discard in fishing, and to ensure that commercial fishing respects catch quotas and fishing areas;

12. take strong and focused measures to eliminate illegal, unregulated and unreported (IUU) fishing, by reinforcing inspection resources and by strengthening landing control;

Regarding Integrated Maritime Policy in the Baltic Sea Region, to

13. promote new measures in view of reduction of harmful emissions:

- render more active support than heretofore to shore sea shipping as an eco-friendly alternative to inland transport;

- investigate to what extent the reduction of the sulphur content of ship fuels may result in competitive disadvantages to the economy in the Baltic Sea Region and elaborate proposals on how to avoid such disadvantages while maintaining high environmental standards in the maritime sector;

- actively support the projects approved for funding under the Baltic region Programme, especially such projects with the objective to reduce harmful emissions from ships and develop reception facilities for waste water from ships in the ports of the Baltic Sea;

14. support the implementation of improved security and fire prevention measures regarding vessels, terminals, ports, sea and shore-line constructions as well as the use of environmentally friendly substances to alleviate damages caused by accidents;

15. extend the obligatory use of pilots in risk areas of the Baltic Sea and strictly implement the ban on transporting oil in single-hulled tankers;

16. initiate measures which 1) pave the way for and promote the use of a single language in international transport operations at sea and on land, and 2) standardize and facilitate the implementation of joint customs and taxation procedures;

17. continue to ensure improvements to the transport infrastructure in the Baltic Sea Region and, while focussing in particular on developing land and sea routes, to promote a transport policy that is in principle governed by the idea that transport operations should be carried out in an eco-friendly way, supported by an interconnected infrastructure;

18. make sure that the EU TEN-T core network must be made up of nodes (capitals, other cities or agglomerations of supra-regional importance, gateway ports, intercontinental hub ports and airports, the most important inland ports and freight terminals) and connections of the highest strategic and economic importance linked with key infrastructure in third countries (including Russia).

19. attach particular importance to the strategic development of the seaports with associated logistics centres and rail terminals in order to create national, regional and European networks. In this context, gaps in the priority TEN projects should be filled, and the projects should be linked and consolidated into a core network;

20. support initiatives for improving safety of navigation and environmental risk reduction in the Baltic Sea and addressing the human factor including support of initiatives that can lead to less administrative burdens by harmonizing and elaborating

the existing ship reporting systems (SRS) and vessel traffic services (VTS) in the Baltic Sea;

21. strengthen the joint regional as well as national preparedness and capacity to tackle major spills of oil and hazardous substances, for instance by sub-regional preparations, co-ordination and exercises, as pursued in the HELCOM BRISK project, and by procuring sufficient supplies of oil spill and hazardous substances recovery equipment;

Regarding Peace and Security in the Baltic Sea Region, to

22. encourage and foster the development of a joint perception of the threats against public safety and civil security in the region, covering natural as well as technological and other man-made threats and risks;

23. promote the development of joint strategies, action programmes and concrete resources to prevent and manage the threats against civil security in the region;

24. extract and exchange experiences from recent threats, such as the bird flu in 2007, the cyber attacks in Estonia in 2007, and the swine flu in 2009, in order to gain knowledge and enhance the joint awareness and preparedness for such threats;

25. promote the dissemination of the experiences from the Baltic Sea Region regarding peace, security and development of democracy in political and diplomatic contacts in order to support democracy;

26. exchange available information on the location and state of sea-dumped chemical weapons, to inform the public about the threats caused by these weapons, to prepare guidelines for behaviour if unexpectedly encountered with sea-dumped chemical weapons, and to organize seminars and conferences on this issue.

Regarding Trafficking in Human Beings, to

27. sign, ratify and accede, for those countries that have not already done so, to all relevant international conventions, protocols and decisions, such as the Trafficking in Persons Protocol ("The Palermo Protocol"), the Council of Europe Convention on Action Against Trafficking in Human Beings, and other international agreements; consequently, national legislation and administration of justice should, where necessary, be reviewed and amended in order to ensure conformity with international conventions and protocols and to enable legislation that criminalizes all chains of trafficking in human beings;

28. recognize that trafficking in human beings is an international cross-border crime that requires international cooperation and concerted action across borders, but also that the actual exploitation of victims is perpetrated locally and therefore should be fought by enhanced local plans and resources, including efforts to curb the demand for sexual services from victims of trafficking;

29. allocate sufficient, permanent and dedicated funds and resources to, for instance, public authorities, specialized agencies, NGOs, and inter-governmental organizations and projects, such as the CBSS Task Force on Trafficking in Human Beings, in order to maintain the pursuit of persistent and sustained efforts against trafficking in human beings, for example by measures such as the Nordic Council internal instruction on using only those hotels that can issue a guarantee that they do not engage in any facilitation of selling or buying sexual services;

30. promote the development of an interoperable, coordinated and transparent system for the collection, analysis, exchange and dissemination of information on trafficking in human beings, in order to enhance the understanding of the problem, develop adequate measures against it, improve the capacity to identify victims of trafficking, support investigation and prosecution of trafficking cases, and provide best possible assistance to victims of trafficking;

31. ensure that a victim-centered approach is adopted in all measures and actions against trafficking in human beings, meaning that trafficking is exploitation irrespective of where it takes place or what form it takes, that the human rights of trafficked persons should be at the centre of all efforts against trafficking, that victims should be protected, assisted and empowered, and that victims and relatives of victims should receive unconditional assistance regardless of their status, their willingness to participate in criminal proceedings against traffickers or the kind of exploitation experienced;

32. promote and support the development of the operational capacity to fight trafficking in the field; efficient cooperation models should be developed both between relevant state actors - such as the police, prosecutors, social welfare authorities and migration authorities - and with NGOs, in order to strengthen the chain of assistance and protection of witnesses, victims and relatives of victims and to increase the number of convictions of the perpetrators;

Furthermore the Conference

33. asks the Standing Committee to perform an evaluation of the functioning of the BSPC Joint Financing Mechanism, including a consideration of a possible revision of the procedures for financing the Secretariat function;

34. adopts the amended Rules of Procedure, to take effect after the closure of 19th BSPC;

35. welcomes with gratitude the kind offer of the Parliament of Finland to host the 20th Baltic Sea Parliamentary Conference in Helsinki on 28 – 30 August 2011.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Greenland, Free and Hanseatic City of Hamburg, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.